



Dachverband
**KRITISCHE
AKTIONÄRE**

██████████ | 50773 Köln
██████████ | 50823 Köln



dachverband@kritischeaktionaeere.de
www.kritischeaktionaeere.de

RWE Aktiengesellschaft
Group Legal & Compliance
Opernplatz 1
45128 Essen

Telefax: 0201 – 12 16 640
E-Mail: HV2014.Antraege@rwe.com

Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der RWE AG am 16.04.2014

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 2: Verwendung des Bilanzgewinns

Der Bilanzgewinn der RWE Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2013 ist wie folgt zu verwenden: Ausschüttung einer Dividende von EUR 0,50 je dividendenberechtigter Stückaktie = EUR 307.372.749,50.

Begründung:

Die von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagene Ausschüttung einer Dividende von EUR 1,00 je dividendenberechtigter Stückaktie ist angesichts der dramatisch schlechten Situation der RWE AG zu hoch. Es ist äußerst bedenklich, dass RWE bei einem Jahresverlust von EUR 2,76 Milliarden Rücklagen auflöst, um überhaupt eine Dividende ausschütten zu können.

Deshalb schlägt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre vor, die Dividende auf 0,50 Euro je dividendenberechtigter Stückaktie zu verringern und die dadurch eingesparte Summe von EUR 307.372.749,50 in den Erhalt von Arbeitsplätzen und in den Etat für erneuerbare Energien zu investieren.

Angesichts der Abhängigkeit kommunaler Anteilseigner von der RWE-Dividende verzichtet der Dachverband auf die eigentlich notwendige Forderung, in diesem Jahr auf eine Dividendenausschüttung komplett zu verzichten.

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013:

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die Mitglieder des Vorstands nicht zu entlasten.

Begründung:

1. Verhinderung des notwendigen Klimaschutzes

Die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels in Gestalt von Extremwetterereignissen, Dürren und Überschwemmungen sind bereits jetzt spürbar und

treffen vor allem die Menschen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Der aktuelle Bericht des Weltklimarates zeigt deutlich, dass es eine drastische Verringerung der CO₂-Emissionen bedarf, um zu verhindern, dass die sogenannten Kipppunkte erreicht werden und das weltweite Klimasystem völlig aus dem Gleichgewicht gerät. Braunkohle ist der klimaschädlichste Brennstoff überhaupt, und doch produzierte Deutschland im Jahr 2013 so viel Strom aus Braunkohle wie noch nie seit der Wiedervereinigung und steigerte so auch seine CO₂-Emissionen.

Der RWE-Konzern ist neben Vattenfall mit für den Boom der Braunkohleverstromung verantwortlich: Allein 2012 sind in Neurath zwei neue Braunkohlekraftwerksblöcke (mit einer Leistung von 2200 Megawatt) ans Netz gegangen, die bis mindestens 2045 betrieben werden sollen. Damit wird die Nutzung der Braunkohle auf Jahrzehnte weiter festgeschrieben.

Die Förderung und Verbrennung von Braunkohle ist jedoch nicht nur aus Klimasicht verheerend, sondern auch für RWE als Unternehmen: die Braunkohlekraftwerke tragen zu einem Überangebot an Strom bei, das zu sinkenden Preisen führt. Daraus wiederum folgen Gewinneinbrüche beim Stromverkauf, dem Kerngeschäft von RWE. Das Unternehmen machte deshalb im vergangenen Jahr 2,76 Milliarden Euro Nettoverlust. Die Geschäfts- und Investitionspolitik von RWE erweist sich somit umfassend als fatal: Der Konzern hat die Energiewende verpasst, trägt weiter massiv zum Klimawandel bei und leidet darunter nun selbst wirtschaftlich.

Seit Jahrzehnten protestieren AnwohnerInnen, Direktbetroffene und Umweltverbände gegen Erweiterungen von Tagebauen oder Kraftwerksneubauten. Zu ihnen hinzugekommen sind vor allem in den letzten Jahren klimabewegte Menschen, die sich gegen die immensen CO₂-Emissionen und für eine andere Energiepolitik organisieren. RWE antwortet auf dieses legitime Engagement mit Kriminalisierung. In den letzten Monaten erhielten zahlreiche Personen Unterlassungsverpflichtungserklärungen, weil sie versuchen, einen von Rodung gefährdeten Wald zu schützen bzw. einen Kohlezug blockierten.

2. Lokale Zerstörung und Gesundheitsbelastung

Um die Kraftwerke zu versorgen, baut RWE jährlich 100 Millionen Tonnen Braunkohle ab. RWEs und Vattenfalls Kohleabbau-Aktivitäten führen dazu, dass Deutschland weltweit der größte Produzent von Braunkohle ist.

Die lokalen Auswirkungen des Braunkohletagebaus sind mannigfaltig. Neben wertvollem Ackerland werden auch Dorfstrukturen und Kulturgüter für immer zerstört. Im Zuge der Tagebauerweiterungen sollen, trotz des Beschlusses der Landesregierung zu Garzweiler II, noch mehrere Tausend Menschen umgesiedelt werden. Am Hambacher Tagebau wird zudem einer der ältesten Wälder Deutschlands zerstört. Der Hambacher Forst soll für die Erweiterung des Tagebaus vollständig abgeholzt werden. Damit geht nicht nur ein wichtiges Ökosystem verloren, sondern auch ein Naherholungsgebiet für die Menschen vor Ort.

Die Gesundheitsbelastungen, die aus dem Abbau und der Verstromung von Braunkohle resultieren, sind sowohl für die direkten AnwohnerInnen als auch für die angrenzenden Großstädte wie Köln und Mönchengladbach deutlich spürbar. Eine der gravierendsten Belastungen ist der Feinstaub. Er ist einer der gefährlichsten Stäube überhaupt, da er, nicht wahrgenommen durch die Augen und durch die Nase nicht filterbar, eingeatmet wird und bis in die Lungenbläschen gelangt. Er führt zu asthmatischen Anfällen bis hin zu Lungenkrebs.

3. Kohleimporte

Für seine Steinkohlekraftwerke führt RWE die Steinkohle größtenteils aus Kolumbien, den USA und Russland ein. Trotz der hohen Importkohleabhängigkeit und bekannten Probleme kann RWE Menschenrechtsverletzungen beim Abbau der importierten Kohle nach wie vor nicht ausschließen. Selbst der Kauf von Kohle des umstrittenen US-Unternehmens Drummond kann nicht ausgeschlossen werden, obwohl die Menschenrechtsverletzungen,

die Drummond in Kolumbien zur Last gelegt werden, noch immer nicht aufgeklärt worden sind. Anfang 2013 hatte ein kolumbianisches Gericht die Staatsanwaltschaft angewiesen, Ermittlungen gegen Führungskräfte von Drummond wegen Morden an Gewerkschaftern aufzunehmen. Wenn RWE die eigenen Vorgaben zu Unternehmensverantwortung ernst nehmen würde, müsste der Konzern den Bezug von Drummond-Kohle – direkt oder über Zwischenhändler – ausschließen, bis alle Vorwürfe zweifelsfrei aufgeklärt und die Opfer angemessen entschädigt worden sind.

Ebenso wenig reagiert RWE auf die schwerwiegenden Umweltprobleme, wie sie etwa in den USA beim Wegsprengen ganzer Bergspitzen zur Kohlegewinnung entstehen, die die lokale Wasserversorgung gefährden und zu schwerwiegenden Gesundheitsproblemen führen.

Gegenantrag zu Tagesordnungspunkt 4:

Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2013:

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre beantragt, die Mitglieder des Aufsichtsrats nicht zu entlasten.

Begründung:

Der Aufsichtsrat der RWE AG hat wie schon in den weiter zurückliegenden Geschäftsjahren auch 2013 bei seiner Hauptaufgabe versagt: der Kontrolle der Geschäftstätigkeit des Vorstands. Dem Aufsichtsrat hätte auffallen müssen, dass die einseitige Ausrichtung des Konzerns auf Stromerzeugung durch Verbrennung fossiler Energieträger nicht zukunftsfähig ist. Damit hat der Aufsichtsrat mit dazu beigetragen, dass die RWE AG in eine wirtschaftliche Schieflage geraten ist.

Der Aufsichtsrat der RWE AG trat im Berichtsjahr zu vier Sitzungen zusammen. Nach Angabe des Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Manfred Schneider zählten zu den zentralen Themen der Beratungen „die schwierige Lage in der konventionellen Stromerzeugung und ihre Auswirkungen auf RWE sowie notwendige Maßnahmen zur Stärkung der Ertrags- und Finanzkraft des Unternehmens. Letztere umfassen u.a. zusätzliche Effizienzverbesserungen, Investitionskürzungen und eine Anpassung der Dividendenpolitik.“

Angesichts der prekären Lage des Konzerns, die durch eine hohe Verschuldung und unsichere Zukunftsaussichten geprägt ist, hätte der Aufsichtsrat dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands, der eine Dividende von € 1 pro Aktie vorsieht, widersprechen müssen. Die Anteilseigner müssen sich fragen lassen, ob gerade ihre hohen Dividendeerwartungen das Management dazu gebracht hat, zu spät und zu wenig in erneuerbare Energien zu investieren.

Köln, 01.04.2014

Markus Dufner
Geschäftsführer
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.